

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/212

5. November 1973

Abschied von einem guten Freund

Zum Tode des SPD-Fraktionsprechers
Wolfgang Jansen

Seite 1 / 29 Zeilen

Panikkäufe lösen kein Problem

Rohölkrise ist noch längst kein Energie-
konflikt

Seite 2 und 3 / 57 Zeilen

Wiederbelebung der Bildungsdiskussion

Erstes Ergebnis-Fazit des Saarbrücker Juso-
Kongresses

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

CDU im Mitbestimmungs-Dilemma

Der Hamburger Kongreß wird zum Scheideweg

Seite 6 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Köln r. Str. f. 10 - 112 T. l. fon: 376311

Abschied von einem guten Freund

Zum Tode des SPD-Fraktionssprechers Wolfgang Jansen

In der knappen Zeitspanne von nicht ganz acht Wochen hat die SPD zwei ihrer bekanntesten Journalisten verloren: Am 10. September starb der Sprecher des SPD-Vorstandes Jochen Schulz und am 4. November der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wolfgang Jansen. 53 Jahre der eine, 49 Jahre der andere, und beide derselben heimtückischen Krankheit, dem Krebs, erlegen.

Wolfgang Jansen, der in den letzten Monaten seines Lebens noch mit der zusätzlichen Bürde eines Chefredakteurs des neuen SPD-Mitgliedermagazins "Einblick" belastet war, ohne sich, bereits von seinem Schicksal gezeichnet, dieser schweren Aufgabe ganz widmen zu können, war ein Journalist, der ganz und gar in seinem Pflichtenkreis aufging und das "Ich dien" zur Maxime seines Lebens gemacht hatte. Diese, oft unter körperlicher Mühsal, durch Jahrzehnte, zuerst in Düsseldorf und dann in Bonn, durchgehaltene stete Pflichterfüllung hat ihm weit über seinen Arbeitsbereich, die SPD-Fraktion und weit über den Kreis seiner sozialdemokratischen Genossen hinaus viele Freunde und Freundschaften gebracht. Er arbeitete unermüdlich und er war unermüdlich zu Stelle, wenn er als Sprecher der Fraktion dazu beizutragen hatte oder aus eigenem Antrieb informativ und selbst schreibend dazu beitrug, daß die Ziele, die Absichten und die Erfolge der größten Fraktion im Bundestag den notwendigen Widerhall in allen Medienbereichen fanden.

Wolfgang Jansen wird seinen Freunden fehlen. Die große Tapferkeit, mit der er seinen Tod erlitt, wird die Erinnerung an ihn zusätzlich lebendig bleiben lassen, der uns durch seine Fairneß, seinen Fleiß, seine Hilfsbereitschaft und durch sein sozialdemokratisches Engagement im Gedächtnis erhalten wird.

Der letzte Abschied von einem guten Freund ist zugleich ein tiefempfundener Dank.

Erhardt Eckert
(-/5.11.1973/ks/ee)

+ + +

Panikkäufe lösen kein Problem

Rohölkrise ist noch längst kein Energiekonflikt

Der erste autolose Sonntag in den Niederlanden hat gezeigt, daß es auch "ohne" geht. Und man sollte sich keine allzugroßen Illusionen machen, daß der holländische Sonntag bis zum Jahresende westeuropäische Zwangsmode wird. Trotzdem würden Hamsterkäufe von Benzin, Diesel- und Heizöl das Problem nicht lösen.

Denn auch mit gehamstertem Benzin wird man dann am Sonntag seine Benzinkutsche nicht bewegen können. Und frieren wird über Weihnachten auch kaum jemand, weil nämlich der private Heizölvorrat zu mehr als 80 vH. gedeckt war, als die arabischen Förderländer das Rohöl als empfindliche Waffe in der Auseinandersetzung mit Israel einsetzten.

Verwirrt wird die Lage aber vor allem dadurch, daß vielfach Energieversorgung mit Rohölversorgung gleichgesetzt wird. Aber in diesem Jahr beispielsweise wird doppelt soviel Strom aus Steinkohle gewonnen wie aus Heizöl. Daß Heizöl als Energieträger in Schwimmbädern bevorzugt eingesetzt wird, ist zwar - berücksichtigt man allein die Arbeitsintensität - vorteilhaft. Sieht man aber das Problem der Heizwärme vor dem Hintergrund schrumpfender Rohölzulieferungen, so wird es allein deshalb entkrampfter, weil nach zuverlässigen Berechnungen ein Jahresverbrauch von rund 18 Millionen Tonnen Heizöl - das wären etwa 15 vH. des gesamten Ölverbrauchs - ohne allzugroße Schwierigkeiten durch den Einsatz von Steinkohle zu ersetzen sind. Und Steinkohle ist in ausreichenden Mengen vorhanden.

Das eigentliche Folgeproblem einer Rohölverknappung, wie sie den Westeuropäern nun ins Haus steht, ist der Verkehr. In diesem Jahr - so schätzt man - werden in den Motoren deutscher Autos etwa

10,5 Millionen Tonnen Dieselkraftstoff und knapp 15 Millionen Tonnen Benzin verbraucht. Rechnet man noch rund vier Millionen Tonnen Flugbenzin hinzu, so stellt sich in diesem Jahr ein Bedarf an Vergaserkraftstoff, Flugbenzin und Dieselöl von etwa 30 Millionen Tonnen. Für das ganze nächste Jahr rechnen Fachleute mit einem Mehrbedarf an diesen Treibstoffen von etwa 1,2 bis 1,5 Millionen Tonnen.

Nahziel einer Verbrauchskontigentierung wäre also, zuerst einmal den Verbrauchszuwachs in den Griff zu bekommen. Da aber auch der Nachschub geringer wird, löst eine Zuwachsdrosselung das Problem allein nicht. Ein Sonntagsfahrverbot nach holländischem Muster wäre durchaus in der Lage, Versorgungsengepässe an den übrigen Tagen erträglich zu machen. Reicht aber auch das nicht aus, wird man sich überlegen müssen, wie man jenen Verbrauch in den Griff bekommen kann, der für das Funktionieren der Wirtschaft nicht unbedingt nötig ist.

Man wird zu fragen und zu entscheiden haben, ob etwa die gemeinsame Fahrt von vier Beschäftigten eines Betriebes von und zur Arbeitsstätte nur deshalb ausfallen soll, weil die Besitzer von Zweit- und Drittwagen und Feierabend-Rennautos ihren Benzinbedarf gedeckt haben. Es drängt sich also auf, daß mit einer freiwilligen Einschränkung des Benzinbedarfs eine gesamtwirtschaftlich relevante Versorgungslücke ungleich kleiner gehalten werden kann.

Andererseits werden die Automobilhersteller aber angesichts der Tatsache, daß die Politik des knappen Rohölangebotes wohl noch auf Jahre hinaus betrieben werden wird, umdenken müssen. Da nämlich die petrochemische Industrie für ihr Funktionieren auf den Einsatz von Rohöl angewiesen ist, scheint nun das Ende der Entwicklung und des Einbaus großverbrauchender Motoren gekommen zu sein.

Theodor Tremmes
(-/5.11.1973/ks/ex)

+ + +

Wiederbelebung der Bildungsdiskussion -----

Erstes Ergebnis-Fazit des Saarbrücker Juso-Kongresses

Ein erstes Fazit des am Wochenende in Saarbrücken stattgefundenen Bildungskongresses der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD kann man sicherlich schon jetzt ziehen: Der breite Fächer der an der Saar gefaßten Beschlüsse wird die in den letzten Wochen und Monaten ein wenig erlahmte bildungspolitische Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD wieder beleben. Der Saarbrücker Kongreß, an dem rund 150 Delegierte aus sämtlichen Juso-Bezirken und eine gleich große Anzahl von Gästen aus befreundeten Jugendorganisationen und Gewerkschaften beteiligt waren, hat neue bildungspolitische Impulse gegeben, mit denen es sich auseinanderzusetzen lohnt. Es wurde ein Konzept verabschiedet, das innerhalb der Partei diskussionswürdig ist und manche Anregungen für die zukünftige Bildungspolitik der Gesamtpartei bieten dürfte. Ein Konzept, das primär auf die sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft abgestimmt ist, das konsequent für eine Chancengleichheit aller eintritt und eine Demokratisierung aller Bildungsbereiche von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung fordert.

Einer der Schwerpunkte des Konzepts ist die berufliche Bildung. Hier wird eine durchgreifende Reform des gesamten beruflichen Bildungswesens gefordert, in der die mehrheitliche Beteiligung der Auszubildenden und der jeweiligen Gewerkschaft in allen Entscheidungsgremien, die Integration der beruflichen und der allgemeinen Bildung in die Gesamtschule, die Errichtung eines Bundesamtes für Berufsausbildung sowie die Erhebung einer Bildungsabgabe von den Unternehmen enthalten ist.

Dieses Konzept geht bedeutend weiter als die "Markierungspunkte" des Bundeswissenschaftsministerium für Berufsbildung. Verständlicherweise, denn auch die überwiegende Mehrheit der Jungsozialisten weiß, daß das Wünschbare nicht immer gleichzeitig machbar ist. Hier aber waren auch Töne der Enttäuschung und der Resignation zu hören. Während die Bildungspolitik vor noch gar nicht allzu

langer Zeit erste Priorität sozialdemokratischer Politik war, scheint sie jetzt in den Augen vieler Jusos "verwässert" und zu sehr auf Kompromisse mit anderen gesellschaftspolitischen Kräften angelegt zu sein. Diese Enttäuschung geht bei einigen wenigen Jungsozialisten - den sogenannten "Puristen", die sich am Juso-Bezirk Hannover orientieren - so weit, daß sie jegliche Reform im kapitalistischen System für unmöglich halten. Diesen "Anti-Revisionisten" muß deutlich ins Buch geschrieben werden: Ihr solltet lieber im luftleeren Raum Blumen züchten, als auf dem politischen Parkett aufzutreten, um eine Position zu vertreten, die weder der Partei noch den Jungsozialisten noch denen nützen kann, denen man helfen muß.

Deutlich wurde in Saarbrücken auch eine Lücke in der bisherigen Arbeit der Jungsozialisten erkennbar: Sie haben sich in der Vergangenheit zu wenig um eine effektive Schülerarbeit gekümmert. Eine Analyse der Delegierten ergab, daß diese Gruppe auf dem Kongreß deutlich unterrepräsentiert war. Hier ist ein wichtiges politisches Betätigungsfeld in letzter Zeit vernachlässigt worden, das für die Gesamtorganisation schmerzliche Folgen haben könnte. Es wäre gut und dringend erforderlich, daß sich die Jungsozialisten - Hilfe und Unterstützung der Partei - baldmöglichst verstärkt der Zielgruppe Schüler annehmen würden.

Noch ein Wort zu den Äußerungen von CDU-Sprecher Willi Weiskirch, der aufgrund der Saarbrücker Beschlüsse sich bemüßigt fühlte, sofort wieder das Gespenst der "Gefährdung der demokratischen Grundordnung" durch die bösen Jusos an die Wand zu malen. Durch ständige Wiederholungen solcher Unterstellungen werden diese Äußerungen auch noch glaubhafter. Das Manko der Unions-Parteien an eigenen Reformvorstellungen insgesamt kann auch durch Diffamierungsversuche nicht weggeleugnet werden.

Gode Japs
(-/5.11.1973/bgy/ex)

CDU im Mitbestimmungs-Dilemma

Der Hamburger Kongreß wird zum Scheideweg

Die Mitbestimmungs-Beschlüsse der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, beide mit bemerkenswert großen Mehrheiten gefaßt, sind zugleich die bisher härtesten Niederlagen, die der neue CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl und sein Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf hinnehmen mußten. Der Protest gegen das allzu ausgeklügelte Biedenkopf-Modell einer tatsächlich unparitätischen Mitbestimmung ist nicht nur für die CDU, sondern für die ganze deutsche Öffentlichkeit unübersehbar. Wenn man dazu das harte Nein der CDU-Sozialausschüsse und aller anderen Arbeitnehmerorganisationen des christlichen Lagers sowie das Aufbegehren der Jungen Union dazu rechnet, dann wird auch das Gesamtfazit der ersten Phase des Kohl-Biedenkopf-Gespans außerordentlich negativ beeinflusst.

Der CDU-Vorstand, der sich hinter das Biedenkopf-Modell gestellt hatte, wird unter der Führung Dr. Kohls damit rechnen müssen, daß der 22. Bundesparteitag der CDU, der vom 18. bis 20. November in Hamburg stattfindet, im Punkt Mitbestimmung, der also auch zum Zentralvorgang des Parteikongresses werden wird, eine Niederlage für Dr. Kohl bringen kann, der sich mit dem Biedenkopf-Modell voll identifiziert hat. Wenn man die bisher vorliegenden Stimmen der CDU aus der ganzen Bundesrepublik sammelt und sie auf ihren Trend hin prüft, dann kann man sehr gut verstehen, daß das Kohl-Biedenkopf-Team im Bonner Konrad-Adenauer-Haus die Erfolgsaussichten im Hamburger Congreß-Centrum schwarz in schwarz zu sehen beginnt.

Es ist im Augenblick sicher noch zu früh, um sich mit den möglichen Folgen einer Kohl-Niederlage in der Mitbestimmungsfrage zu befassen. Solche Konsequenzen würden aber ohne Zweifel für die CDU sowohl innerparteilich, nicht zuletzt im Hinblick auf den rechten Flügel, als auch außerparteilich von großem Gewicht und erheblicher Reichweite sein. Der Hamburger CDU-Parteitag wird daher aus sich heraus zu einem zentral wichtigen Vorgang für die Opposition werden: So oder so, denn auch ein "Mitte-Rechts"-Erfolg Kohls wäre in dieser Scheideweg-Situation überaus folgenreich.

(-/5.11.1973/ks/ee)

+ + +